



SPD - Kreistagsfraktion

Brigitte Gräbner
Ringmauerstraße 2
63755 Alzenau-Hörstein
Tel: 06023 8362
Fax: 06023 320443
E-Mail: brigitte.graebner@t-online.de

Alzenau, den 22.01.2012

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Aschaffenburg:

SPD - Kreistagsfraktion beim Neujahrsempfang der Aschaffener Sozialdemokraten

Ein erfolgreicher und gelungener Neujahrsempfang in der Stadthalle Aschaffenburg - die tolle, inhaltsreiche und menschen- und herzlichste Rede von Manuela Schwesig hat alle begeistert!

Zum Neujahrsempfang der SPD Aschaffenburg und des Unterbezirks Aschaffenburg kamen mehr als 300 Gäste. Mit Gastrednerin Manuela Schwesig, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD und Ministerin für Arbeit und Soziales in Mecklenburg-Vorpommern, hat die Aschaffener SPD eine hochkarätige Politikerin vorgestellt.

Ihr ganz besonderes Anliegen ist die Familienförderung. Dies hat sie auch ganz deutlich zum Ausdruck gebracht und den Vorstellungen einer rückwärtsgewandten Partei wie der CSU in Bayern eine klare Absage erteilt. Sie bezeichnete das von der CSU geforderte Betreuungsgeld als „Fernhalteprämie“, die massive Auswirkungen auf die Zukunftschancen der betroffenen Kinder haben wird. In den neuen Bundesländern ist glücklicherweise die Einstellung im Hinblick auf die ganztägige Unterbringung in Kindertagesstätten weitaus offener als insbesondere im Bundesland Bayern. In ihrem Bundesland würden Eltern, die Ganztageseinrichtungen nutzen, nicht als „Rabeneltern“ bezeichnet. Die CSU in Bayern halte dagegen krampfhaft an familienpolitisch überholten Vorstellungen fest.

Unvorstellbar für die CSU wäre die Einrichtung einer Kindertagesstätte, so wie in ihrer Heimatstadt geschehen - die im Hinblick auf die Bedürfnisse von Eltern im



SPD - Kreistagsfraktion

Schichtdienst rund um die Uhr geöffnet hat. Hier geht es nicht darum, Kinder abzuschieben, sondern Eltern zur Sicherung ihres Familieneinkommens adäquate Unterbringungsmöglichkeiten für ihre Kinder anzubieten.

Manuela Schwesig hat auch in Bezug auf die derzeitige Schwarz-Gelbe Regierung und die Mindestlohndiskussion mit ihrer Rede den Nagel auf den Kopf getroffen. Wir haben derzeit in Deutschland ein soziales Ungleichgewicht. Eine 2% Partei entscheidet über das Wohl der Bevölkerung. Es werden flächendeckende Mindestlöhne versprochen aber es folgen keine Taten. Es wird Zeit, dass sich das ändert. Packen wir's an!!!

Verantwortlich für den Inhalt
gez.: Brigitte Gräbner